

Presseerklärung

Wir, die drei unterzeichnenden Bürgermeister von Briesensee bitten die Öffentlichkeit im Kampf für die Erhaltung des Grundgesetzes dringend um Hilfe!

Unsere kleine Gemeinde Briesensee im Spreewald beschloß 1998 nach Bürgerbefragung die Abwasserproblematik in der Gemeinde selbst zu regeln.
Die Bürger spendeten 5.000 DM für einen Variantenvergleich, den Prof. Dr.- Ing. habil. Helmut Löffler, Dresden, Wasserwirtschaftler, fertigte.

Nach öffentlicher Vorstellung und Diskussion beschloß der Gemeinderat ein alternatives dezentrales Lösungskonzept in Form von Nutzwassergewinnungsanlagen in Einzel- und Gruppenbauweise. Das Wasser sollte vor Ort wiederverwendet werden, da Briesensee im stärksten Wassermangelgebiet Ostdeutschlands, ja sogar Deutschlands liegt (ca. 500 mm/a).

Unsere Gemeinderatsbeschlüsse* basierten auf Sozialverträglichkeit, Bevölkerungsstruktur und –prognosen, Umwelterfordernissen wie Energie- und Wassereinsparung, Richtlinie des Rates 91/271/EWG vom 21.Mai 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser Artikel 12 (1), Wasserhaushaltsgesetz, Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, usw.

Kein solidarisches Mithungern 1999 in Damsdorf, kein Protestmarsch 1999 von Damsdorf zum Bundestag, keine Fahrradprotestfahrt nach Brüssel zum Einreichen einer EU-Beschwerde 2000, keine 6wöchige Dauerdemonstration der Bürger von Briesensee 2000, kein 29tägiger öffentlicher Hungerstreik von Bürgermeisterin, Teilen des Gemeinderates und anderer Bürger 2000 halfen.

Unser Amt Lieberose/Oberspreewald mit Hilfe unseres Landratsamtes des Landkreises Dahme-Spreewald, unseres Innen- und Umweltministeriums in Potsdam verbündeten sich gegen uns und zwangskanalisierten unsere 250 Einwohner kleine Gemeinde im Jahr 2000.

Einige Familien betrieben trotzdem Nutzwassergewinnungsanlagen, gebaut von der Firma Frank Hildebrand aus Burg im Spreewald. Das Amt Lieberose/Oberspreewald zwang auch sie an den Kanal.

Frank Hildebrand wurde 2003 durch den Umweltminister des Landes Brandenburg persönlich der Umweltpreis verliehen.

Bei Bürgermeisterin Groger sollte am 19. und 20. Dezember 2007 die Nutzwassergewinnungsanlage zerstört werden, indem sie zwangsweise an den zentralen Kanal angeschlossen werden sollte.

Polizei, viele Bürger, Presse und Fernsehen waren vor Ort. Der Zwangsanschluß konnte diesmal noch in letzter Minute verhindert werden. *Amtsdirektor Bernd Boschan will jedoch wiederkommen.*

Unser Amt und die Verwaltungsgerichte verbieten die Herstellung von Badewasser mit teilweiser Trinkwasserqualität aus ursprünglich verschmutztem Wasser vor Ort:
`Das sei eine Gefahr für die Volksgesundheit. Seuchen könnten entstehen. Für das Gemeinwohl wäre es nicht zumutbar. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen darf nur durch die Gemeinde bzw. das Amt und nicht durch den Bürger erfolgen.`

Stattdessen wurde Briesensee über ca.. 14 Rohrkilometer an das zentrale Klärwerk in Straupitz zwangsangeschlossen - mit einem Paragraphen aus dem Reichszweckverbandsgesetz von 1939, dem Anschluß- und Benutzungszwang, gegen Gemeinderatsbeschlüsse und Umwelterfordernisse!
Wir sind schockiert!

Prof. Dr. Wilhelm Ripl, Österreicher, emeritierter Professor der TU Berlin für Limnologie, demonstrierte am 19. Dezember 2007 das erste Mal in seinem Leben hier in Briesensee. Er war erschüttert, wie das Land mit seinen gutwilligen Bürgern umgeht:
„Der natürliche Wasserkreislauf muß erhalten werden, indem das Wasser vor Ort umweltfreundlich und nachhaltig wiederverwendet wird. Der permanente Entzug von Nährstoffen und Wasser läßt den Boden zur Wüste werden. Wasser reguliert das Kühlsystem unseres Planeten und ist damit der wichtigste Klimafaktor überhaupt.“

Bitte unterstützen Sie uns, damit demokratisch gefaßte Gemeinderatsbeschlüsse auf dem Boden des Grundgesetzes zum Schutz unserer Lebensgrundlagen gültig bleiben, und schreiben Sie an:

Amtsdirektor Bernd Boschan
Kirchstr. 11
15913 Straupitz

Tel.: 035475 863 0
Fax:: 035475 863 65
E-Mail: amt-lieberose-oberspreewald@t-online.de

Landrat Martin Wille
Reutergasse
15907 Lübben

Tel.: 03546 20 0
Fax: 03546 20 1271
E-Mail: post@dahme-spreewald.de

Ministerpräsident Matthias Platzeck
Landesregierung Brandenburg
Staatskanzlei
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Tel.: 0331 866 1201
Fax: 0331 866 1321
E-Mail: gudrun.weichbrodt@stk.brandenburg.de

Briesensee, den 11. Januar 2008

Gertrud Heider
Altbürgermeisterin
jetziges Gemeinderatsmitglied

Edwin Sturtz
Altbürgermeister

Doris Groger
Altbürgermeisterin
jetzige Ortsbürgermeisterin
Gemeinderatsmitglied

*Gemeinderatsbeschlüsse vom: 3. September 1998 (1 Beschluß)
30. September 1998 (1 Beschluß)
15. Januar 1999 (3 Beschlüsse)
24. Februar 1999 (3 Beschlüsse)
8. Februar 2000 (5 Beschlüsse)